

## **KINDER BRAUCHEN EINANDER UND FAMILIEN BRAUCHEN KITA (Stellungnahme des LEAK vom 13.01.2021)**

Als Vorstand des Landeselternausschuss Kita (LEAK) nehmen wir unsere gesellschaftliche und politische Verantwortung für die in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder wahr.

Wir betonen, dass Kinder für ihr Wohl andere Kinder brauchen. Es ist daher essentiell, dass sich Familien selbst organisieren dürfen, um die Kindertagesstätten bestmöglich zu entlasten und so zu einer Reduktion der Kontakte beizutragen ohne das Wohlergehen der Kinder speziell im Kita-Alter außen vor zu lassen.

Wir fordern von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in Vertretung der Berliner Eltern, dass

- die Möglichkeit der Betreuung in Kindertagesstätten weiterhin beibehalten wird d.h. für alle Kinder die Perspektive besteht eine Kita zumindest zeitweise in einem in der jeweiligen Kita zwischen Eltern und Kita-Team zu bestimmendem Modell zu besuchen (z.B. mit eingeschränkten Betreuungszeiten und festen Gruppen). Eine landesweite Gleichbehandlung aller Kitas auf Basis eines durchschnittlichen Auslastungswertes ist nicht zielführend.
- Eltern für die Zeit des eingeschränkten Kita-Besuchs einen finanziellen Ausgleich (z.B. Corona-Kindergeld) erhalten, damit Eltern die Betreuung zeitweise übernehmen können.
- die wechselseitige, unentgeltliche, nicht geschäftsmäßige Beaufsichtigung von Kita-Kindern in familiär oder nachbarschaftlich organisierten Betreuungsgemeinschaften zulässig wird, wenn sie Kinder aus höchstens zwei Hausständen umfasst.
- der gemeinsame Aufenthalt im öffentlichen Raum, in privat genutzten Räumen und auf privat genutzten Grundstücken Angehörigen desselben Hausstands mit einer weiteren Person sowie allen zugehörigen Kindern bis einschließlich 6 Jahren erlaubt wird.
- Treffen von einem Hausstand mit einem anderen Hausstand, für den ein Sorge- und Umgangsrecht besteht, erlaubt werden.
- im Falle von Ausgangsbeschränkungen und Ausgangssperren Kita-Kindern weiterhin erlaubt wird, die Unterkunft für Spaziergänge zu verlassen.
- gesetzlich und privat versicherte Eltern bzgl. der Kinderkrankentage gleichgestellt werden.
- die digitale Ertüchtigung der Kitas durch entsprechende Schulungen und Infrastruktur schnellstmöglich vorangetrieben wird.
- die Kontaktaufnahme der Kitas zu den Familien, deren Kinder pandemiebedingt nicht die Kita besuchen, mindestens einmal die Woche verpflichtend wird (z.B.

Kommunikationskonzept im Träger  
KindergärtenCity).

- keine Verpflegungskosten für Monate gefordert werden, in denen Kinder aufgrund von Corona Maßnahmen (Isolationsverordnungen), von Gruppenschließungen oder aus Gründen des Personalmangels mehr als 14 Tage keine Betreuung in den Kindertagesstätten erhalten haben. Bereits bezahlte Beiträge für nachweisliche Monate sind zurückzuerstatten.
- allen Erziehern/innen die Möglichkeit gegeben wird, sich regelmäßig (min. zweiwöchentlich) testen zu lassen via Schnelltest, ohne dass Positivfälle in der Einrichtung vorliegen müssen, damit Eltern leichter erkennen, welche Senats-Vorgaben den Bereich Kindertagesstätte (Kita) und Tagespflege betreffen, fordern wir diese in den Verordnungen gesondert und detailliert zu erfassen.

---

## **Stellungnahme des LEAK zur weiteren Verschärfung von Einschränkungen im Kita-Bereich (Stellungnahme des LEAK vom 8.1.2021)**

Unter den aktuellen Bedingungen der Coronavirus-Pandemie sind Eltern eindringlich aufgerufen auch Kontakte in unseren Kindertageseinrichtungen deutlich einzuschränken. Auch wir als Landes Eltern Ausschuss Kita Berlin sehen die Notwendigkeit von Maßnahmen, um das Infektionsgeschehen bundesweit in den Griff zu bekommen.

Allerdings sehen wir momentan nur teilweise Fortschritte bei der Unterstützung von Familien. Die Zahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz greifen wohl nur bei angeordneten Schließungen und nicht bei präventiven Maßnahmen. Zusätzliche Urlaubstage wurden erst in Aussicht gestellt und dann doch nicht verabschiedet. Ein Corona-Elterngeld konnte nicht auf Landesebene entschieden werden und bei den zusätzlichen Kind-Krank-Tagen fehlt noch der Entwurf aus dem Gesundheitsministerium.

So bleibt vielen Eltern nur die Wahl zwischen ihrer Arbeitstätigkeit und der Gesundheit ihrer Familie. Daher unterstützen wir eine Betreuungsmöglichkeit, die sich am Bedarf der Familien und dem erforderlichen Gesundheitsschutz orientiert. Die Kita als wichtige Bildungsmöglichkeit muss für alle Kinder zugänglich bleiben. Auch bei reduziertem Besuch der Kita soll Kontakt zu Kindern und Eltern gehalten werden.

Corinna Balkow, Vorsitzende des LandesElternAusschussKindertagesstätten (LEAK) Berlin.  
„Alle Eltern, ob freiberuflich tätig, Angestellt oder in Ausbildung, stehen vor großen finanziellen und praktischen Belastungen. Wir fordern daher neben finanziellen Ausgleich und arbeitsrechtlicher Absicherung für alle Familien, eine Perspektive der Möglichkeit eines Kita-Besuchs für alle Kinder.“

Wir verstehen, dass bei andauernder Pandemie-Situation die Betreuung in den Kitas wie im Vorschlag von LIGA-Verbänden und DaKS vorgeschlagen bis auf Ausnahmen mit reduziertem Umfang stattfinden muss. Als Untergrenze sehen wir hier 25 Stunden in der Woche. Eine solche verlässliche Betreuung mit weniger Stunden gibt vielen Familien Planungssicherheit. Eine Einschränkung im Betreuungsumfang kann aber durch Familien nur geleistet werden, wenn gleichzeitig finanzielle und arbeitsrechtliche Hilfen für die Eltern gewährt werden. Darunter verstehen wir z.B. ein Recht auf HomeOffice, Kündigungsschutz, Lohnausgleich für Betreuungstage außerhalb der Kita und ein erhöhtes Corona-Kindergeld für die erhöhten Ausgaben.

Bei den Kontaktbeschränkungen werden Eltern kleiner Kinder übermäßig eingeschränkt, da die Betreuung oft noch inklusive der eigenen Elternteile stattfinden muss. Hier wäre eine Ausnahme Regelung für Kita-Kinder analog zu den Kindern von Alleinerziehenden notwendig, um noch soziale Kontakte außerhalb der Kita ermöglichen zu können.

---

## **Stellungnahme des LEAK zur Forderung nach eingeschränktem Kita Besuch anlässlich des Coronavirus SARS-CoV-2 (Stellungnahme des LEAK vom 17.12.2020)**

Bundeskanzlerin und Ministerpräsident:innen haben am 13.12.2020 einen weitreichenden Lockdown ab 16.12.2020 beschlossen. Unter anderem sollen die Kontakte in unseren Kindertageseinrichtungen deutlich eingeschränkt werden.

Auch in Berlin sehen wir die Notwendigkeit solcher Maßnahmen, um das Infektionsgeschehen bundesweit in den Griff zu bekommen. Wir können daher in der aktuellen Phase den Appell der Bildungsverwaltung Kinder möglichst daheim zu betreuen unterstützen.

Um dies für Eltern möglich zu machen, erwarten wir, dass Kita-Kind-Eltern bei den Zahlungen laut dem Infektionsschutzgesetz Schul-Kind-Eltern gleichgestellt werden.

Weiterhin bitten wir Arbeitgeber eindringlich, Ihren Angestellten möglichst unbürokratisch Betriebsferien, bezahlte Urlaubstage oder Freistellungen einzurichten.

Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass die Bedürfnisse von Kindern in diesem Lockdown nicht dauerhaft eingeschränkt werden dürfen. Wir drängen darauf, dass Versprechen der Regierung einzuhalten, der Öffnung von Kitas die oberste Priorität zu geben. Es gilt vor der Öffnung anderer Branchen, zunächst wieder für alle Kinder ein Kita-Angebot zu schaffen und keine härteren Regelungen für Kitas im Gegensatz zu anderen Bereichen des öffentlichen Lebens zu erlassen. Diese wichtige Bildungsmöglichkeit für Kinder muss bestehen bleiben.

Dabei unterstützen wir eine Betreuungsmöglichkeit, die sich am Bedarf der Familien orientiert. Es gilt Entscheidungen über Betreuungsmöglichkeiten in den Kitas zu treffen. Wir verstehen, dass bei andauernder Pandemie-Situation die Betreuung in den Kitas möglicherweise mit reduziertem Umfang stattfinden muss. Daher muss nun in individuellen Abfragen, auf die Eltern zugegangen werden, um die Betreuung mit ihren Bedarfen abzustimmen. Das Wichtigste ist hier die Kommunikation zwischen Kita und Eltern, auch wenn die Kinder die Kita nicht besuchen. Bei Konflikten fordern wir eine unabhängige Ansprechperson in der Senatsverwaltung.

Alle Eltern, ob freiberuflich tätig, Angestellt oder in Ausbildung, stehen vor großen finanziellen und praktischen Belastungen. Wir fordern daher neben finanziellen Ausgleich für alle Familien, eine Perspektive der Möglichkeit eines Kita-Besuchs.

---

## **Stellungnahme des LEAK zur Kita-Notbetreuung (Stellungnahme des LEAK vom 07.05.2020)**

**Als Vertreter\*innen der Berliner Kita-Eltern setzen wir uns dafür ein, dass auch im Rahmen der Corona-Schutz- und Lockerungsmaßnahmen Kinder und ihre Familien die Aufmerksamkeit bekommen, die ihnen zusteht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit Bildungsakteuren und Eltern kreative Lösungen sucht und umsetzt, um die Rechte der Kinder auf Bildung und Gesundheit im Rahmen der während der Corona-Pandemie gegebenen Möglichkeiten zu gewährleisten.**

Die Perspektive der Kinder kommt in der Diskussion um Corona regelmäßig zu kurz. Die Kontaktbeschränkungen treffen sie hart, ihnen fehlt das Spielen und Lernen in der Gruppe. Kinder haben Rechte auf Gesundheit und auf Bildung. Kleine Kinder sind daher in der momentanen Situation besonders herausgefordert und in den Blick zu nehmen. Die schrittweise Öffnung von Kindertagesstätten sollte sich primär an dem Bedarf der Kinder orientieren. Die Unterbrechungszeiten der Betreuung gerade für junge Kinder sollen so kurz wie möglich gehalten werden.

Seitdem die Bundesregierung in Absprache mit den MinisterpräsidentInnen zum 20. April 2020 erste Lockerungen der sogenannten Corona-Maßnahmen beschlossen hat, wächst der öffentliche und politische Druck auf den Bereich der Kindertagesbetreuung, für den ebenfalls Lockerungen eingefordert werden. In diesem Sinne wurden am 21. April 2020 Änderungen auch für den Bereich der Kindertagesbetreuung in Berlin beschlossen. Die neuen Regeln eröffnen nunmehr die Möglichkeit einer schrittweisen Erweiterung des Betreuungsbetriebs in der Kindertagesbetreuung unter den Bedingungen der Notbetreuung. Vorrangig für die Inanspruchnahme dieses eingeschränkten Angebots bleibt weiterhin, dass die häusliche Betreuung des Kindes durch die Eltern oder durch eine dritte Person nicht sichergestellt werden kann.

Empfehlungen zu Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen legen die Reduzierung von Kontakten zum Schutz des Personals und der weitgehenden Vermeidung von Schmierinfektion für alle Betriebe, Einrichtungen und Angebote nahe. Dies soll insbesondere durch einen Mindestabstand von 1,5 m zu anderen Personen und ein verstärktes Reinigungs- und Desinfektionsregime hergestellt werden. Allen Beteiligten in der Kindertagesbetreuung dürfte allerdings klar sein, dass Kinder im Alter von einem Jahr bis zum Schuleintritt kaum Abstandsregelungen einhalten werden bzw. pflegende Tätigkeiten dieses auch nicht zulassen. Hinweise, welche alternativen Schutzmaßnahmen je nach pädagogischer Situation sinnvoll zu ergreifen sind, fehlen bisher.

Oberstes Ziel aller Maßnahmen bisher war die Verhinderung von Infektionen: Dies stand immer im Vordergrund. Mit der Änderung der Ein-Eltern-Regelung und dem Zugang für Alleinerziehende wird sich die Notbetreuung erheblich ausweiten. Damit werden einige Kitas unter Einhaltung der Empfehlungen zu kleinen Gruppen, feste/r BezugserzieherIn, Verteilung über die Räume und keine Durchmischung der Gemeinschaften auch jetzt schon an die Grenzen des machbaren und fachlich verantwortbaren kommen. Wir appellieren an die Solidarität unter Eltern, ihre Kinder nach Möglichkeit nur eingeschränkte Stunden zur Kita-Notbetreuung zu bringen, damit möglichst viele Familien in den Kita-Notbetrieb integriert werden können.

### **Der LEAK fordert deshalb:**

#### **Perspektive der Kinder und Eltern einbinden**

Wir fordern, dass Elternvertretungen in der Kita, auf Bezirks- und Landesebene an Beratungen und Gesprächen teilnehmen können und aktiv eingebunden werden.

#### **Ergänzende Angebote zur Förderung, Betreuung und Bildung**

Der Senat und die Senatsverwaltung für Jugend sollten Familien mehrere Optionen zur Kinderbetreuung und Bildung anbieten. Dabei gilt, dass die Notbetreuung in der Kita nur eine Option unter mehreren sein sollte. Dem Senat von Berlin wird dringend empfohlen neben der Kindertagesbetreuung und der ergänzenden Förderung und Betreuung an Schulen Entlastungsmöglichkeiten für alle Familien und zuvorderst für Familien in Not zu schaffen und dieses auch zu gestatten. Mit Unterstützung von Familienzentren, Nachbarschaftshäusern, Kirchengemeinden, Kinder- und Jugendfreizeitzentren, z.B. durch begleitete Spiel- und Sportangebote auf den öffentlichen Spiel- und Sportplätzen, Spielkreise, feste Spielgruppen in der Nachbarschaft, Lese- und Puppenspielnachmittage usw. können Familien entlastet werden und Kinder wieder soziale Kontakte mit anderen pflegen- in möglichst konstanten Kleingruppen.

#### **Entschädigung bei Kinderbetreuung; Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie möge in ihrer Funktion als Familienministerium über die Möglichkeiten des Bundes auf Lohnfortzahlung für Eltern, die

ihr Kind zu Hause betreuen und deshalb auf Einkommen verzichten müssen, aktiv und breit informieren und die Antragstellung unterstützen. Eine Verlängerung des Zeitraums über die bisher angekündigten sechs Wochen ist notwendig. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören neben dem wichtigen Unterstützungssystem Kita auch die Arbeitgeber als Partner. Es gibt gute Beispiele von Unternehmen, die durch bessere Konzepte für Homeoffice und Arbeitsorganisation dazu beitragen, dass sich Eltern zumindest organisieren können und Druck in den Familien verringert wird. Wir rufen alle Berliner Arbeitgeber auf, kreative Lösungen zu finden, um die Arbeitsbelastungen für Eltern zu verringern und sie und ihre Kinder in der aktuellen Situation zu unterstützen.

### **Angebote für Kinder und Familien, die zur Risikogruppe gehören**

Eltern, die weder am Notbetreuungsbetrieb noch an einem geplanten eingeschränkten Regelbetrieb teilnehmen können, da sie oder ihre Kinder zur sogenannten Risikogruppe gehören, benötigen arbeitsrechtliche Sicherheit, finanzielle Unterstützung und getrennte Betreuungsangebote, die sich an ihren Bedarfen orientieren.

### **Orientierungsrahmen für Arbeits- und Gesundheitsschutz, sowie bessere Arbeitsbedingungen für pädagogisches Personal**

Die Senatsverwaltung für Jugend wird dringend gebeten einen Orientierungsrahmen für alle Träger der Kindertagesbetreuung zu praktischer und konzeptioneller Umsetzung der Notbetreuung, der Organisation des pädagogischen Alltags, der Hygiene in der Einrichtung, der Einordnung von Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden insbesondere zum Umgang mit Mund-Nase-Masken im pädagogischen Alltag sowie der Kommunikation mit Eltern und Angehörigen entwickeln. Weiterhin unterstützen wir die Forderungen von Erzieher\*innen nach höherer Bezahlung und langfristigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

### **Wissenschaftliche Studien zur Verbreitung des Virus in Kindertagesstätten**

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, ein regelmäßiges Screening von Erzieherinnen und Erziehern, sowie die Erstellung von wissenschaftlichen Studien zur Verbreitung des Virus in Kindertagesstätten, sowie ergänzend unter den jüngeren Kindern und ihren Familien in Auftrag zu geben und durchzuführen.

---

## **Stellungnahme des LEAK zu Einschränkungen von Kindern und Familien (Stellungnahme des LEAK 22.04.2020)**

Stellungnahme des Landes Eltern Ausschuss Kita (LEAK) zu Einschränkungen von Kindern und Familien

Berlin 22.04.2020

Kinder haben Rechte, u.a. auch auf Gesundheit und auf Bildung. Kleine Kinder gehören zu den Gruppen, die unter der momentanen Situation besonders leiden. Es ist Aufgabe der Politik, jetzt kreativ über Lösungen nachzudenken und gemeinsam mit Eltern, Pädagog\_innen und Erzieher\_innen daran zu arbeiten, dass Berliner Kinder nicht unnötig stark in ihrer Entwicklung eingeschränkt werden!

Es ist als Gesellschaft unsere Aufgabe, gerade auch für die Rechte derer Kinder einzustehen, deren Eltern mit der momentanen Situation überfordert sind. Auch Kinder von Alleinerziehenden sind stark betroffen. Wir begrüßen daher die Regelung, dass diese in Belastungssituationen komplett in die Notbetreuung aufgenommen werden. Zusätzlich müssen auch für Kinder mit besonderem Förderbedarf Angebote und Lösungen gefunden werden.

Ganz grundsätzlich brauchen alle Kinder und ihre Eltern Perspektiven, die ihre Bedürfnisse ernst nehmen!

Aus unserer kurzfristigen Umfrage, an der vom 15.4. bis zum 20.04.2020 über 1300 Eltern teilgenommen haben, lässt sich herauslesen, dass die Mehrheit der Eltern Betreuungsoptionen und praktische Entlastung benötigt. Betreuung umfasst dabei viele Varianten von Voll- oder Teilzeit in der Kita, durch Freunde oder Sportgruppen. Praktische Entlastung ist in Form von geöffneten Spielplätzen, reguliertem Zugang zu Bibliotheken und Sportplätzen sind dringend notwendig. Andere Familien brauchen eher eine finanzielle Unterstützung, da sie an Betreuungsoptionen nicht teilhaben können.

Wir müssen gemeinsam Modelle finden, an Ideen mangelt es nicht.

Eine erste Auswahl: Pädagogische Fachkräfte könnten einige Tage in der Woche für mehrere Stunden Kita-Gärten öffnen. Wir könnten Spielplätze mit Einschränkungen öffnen. Wir könnten Nebenstraßen zu Spielstraßen umwidmen. Wir könnten Notbetreuung in Kitas für Kleinstgruppen tageweise oder vor- und nachmittags getrennt anbieten. Wir könnten Eltern ermöglichen 2-3 Vor- oder Nachmittage pro Woche Betreuung in Anspruch zu nehmen.

---

## **Stellungnahme des LEAK zu Kitaschließungen anlässlich des Coronavirus SARS-CoV-2 (Stellungnahme des LEAK 14.03.2020)**

Nach der Ankündigung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie findet ab dem kommenden Dienstag, 17. März, bis zum 17. April 2020 keine allgemeine Kitabetreuung in Berlin mehr statt.

Für Beschäftigte aus den Bereichen Pflege, Gesundheit, Medizin und öffentliche Sicherheit wie Polizei, Justiz, Rettungsdienste, Feuerwehr und Katastrophenschutz, sowie zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge sollen Möglichkeiten zur Notbetreuung in

Kindertagesstätten angeboten werden. Diese Notbetreuung soll in kleinen Gruppen stattfinden und auf das notwendige Maß begrenzt werden.

„Diese Einschränkungen sind weitreichend, einschneidend und notwendig. In diesem Zusammenhang appellieren wir auch an Eltern, sich mit Verabredungen und Treffen mit anderen auf das Notwendigste zu beschränken. Zusätzlich muss ein gemeinschaftlicher sozialer Umgang mit der jetzigen Situation gefunden werden,“ sagt Corinna Balkow, Vorsitzende des LandesElternAusschussKindertagesstätten (LEAK) Berlin. „Freiberufliche und Alleinerziehende stehen vor großen finanziellen Belastungen. Wir fordern daher finanziellen Ausgleich für bedürftige Familien. Zusätzlich sind Kitas eine Ergänzung des Sozialraumes für Kinder, auch dieser Schutzcharakter sollte bedacht werden.“

Eltern und Sorgepflichtige dürfen in dieser Situation nicht allein gelassen werden, sie benötigen zeitnahe und unkomplizierte Regelungen. Der LEAK appelliert mit hoher Dringlichkeit an Unternehmen und die Verantwortlichen in der Politik solidarische und geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von Familien mit Kindern in Bezug auf die krisenbedingte Kinderbetreuungsproblematik umgehend zu ergreifen. Wir erwarten, dass wir uns als ElternvertreterInnen an der Arbeitsgruppe zur Begleitung der Prozesse zur Notfallversorgung einbringen können.

Realitätsnah, epidemiologisch am sinnvollsten und in einem solidarisch ernstzunehmenden Staat angezeigt, wären bezahlte Freistellungen. Ebenso sollte ggf. eine Grundsicherung für Selbstständige und Freiberufler gezahlt werden.

Daher fordern wir Maßnahmen, die der besonderen Situation gerecht werden:

- Angebot von Notbetreuungsprogrammen für Kinder von Eltern, die aus gesellschaftlich notwendigen Gründen weiterhin vor Ort berufstätig sein müssen
  - Angebot von Notbetreuungsprogrammen für Kinder, deren Eltern die Betreuung in der jetzigen Situation aus gesundheitlichen Gründen nicht übernehmen können
  - Angebot von Notbetreuungsprogrammen für Kinder, die aus Kinderschutz Gründen eine außerhäusliche Betreuung benötigen
  - Bezahlte Freistellung von für Kinder sorgende Menschen z. B. durch eine Erweiterung der Urlaubstage
  - Kostenübernahme für den Einsatz von Ersatzbetreuungspersonen
  - Erweiterung der MOKIS durch Online-Schulungen, schnelle Anerkennung von möglichen Betreuungspersonen mit Absicherung durch Haftpflicht- und Unfallversicherung
  - Unterstützung von hilfebedürftigen Familien bei Ausgaben für Bildung, Spiel und Mahlzeiten
  - Planung zur Betreuung chronisch kranker Kinder, die unter Umständen über die Zeit der Kitaschließungen hinaus in kleinstem Kontaktradius betreut und versorgt werden müssen
-

## **Tarifverhandlungen 2019**

### **Gemeinsame Stellungnahme der Gesamtelternvertreter\*innen des PFH und des LEAK zu den laufenden Tarifverhandlungen anlässlich des Warnstreiks am 29.1.2019**

Der Landeselternausschuss Kita und die Elternvertreter\*innen des Pestalozzi-Fröbel-Hauses (PFH) erklären Ihre Solidarität mit den Erzieher\*innen. Seit langem fordern sie bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher\*innen. Die Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte müssen so gestaltet werden, dass diese ihre Arbeit gut, gerne und lange machen wollen und können. Dazu zählen sie vor allem eine spürbar bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, eine bessere Berücksichtigung der Arbeitsbelastungen, die neben der eigentlichen pädagogischen Arbeit stattfinden und die Schaffung von mehr Aufstiegschancen und Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb des Berufsfeldes.

"Elternvertreter\*innen fordern schon lange eine deutlich höhere Bezahlung von pädagogischen Fachkräften, nun liegt es an den Verhandlungspartnern dies möglich zu machen", so Sabrina Butters, stellvertretende Vorsitzende der GEV des PFH.

Die Berliner Bildungslandschaft ist vielfältig und vielseitig, eine qualitativ hochwertige Betreuung und Ausweitung der angebotenen Kita-Plätze ist nötig. "Unsere Kinder werden Tag für Tag liebevoll betreut.

Erzieher\*innen leisten Großes für unsere Kleinsten. Die Anstrengungen der Erzieher\*innen müssen mit einer deutlich sichtbaren finanziellen Aufwertung gewürdigt werden. Nur so kann gesichert werden, dass die aktuellen Erzieher\*innen ihren Beruf noch lange ausüben und zukünftige Erzieher\*innen sich für eine Ausbildung entscheiden. ", so Corinna Balkow, Vorsitzende des LEAK.

---

### **Stellungnahme des LEAK zu finanziellen Forderungen an Kindertagespflegepersonen in Berlin**

Der Leak betrachtet die finanziellen Rückforderungen an Tagespflegepersonen mit Sorge. Wir sind überzeugt, dass Tagespflege eine wichtige Möglichkeit der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung darstellt. Wir wünschen uns daher dass für die jetzige finanzielle Situation eine gute Lösung gefunden wird. Wir begrüßen eine bessere Bezahlung und auch weitere fachliche Unterstützung sowie Bildungsangebot.

